

Deutsch-französischer Zukunftsdialog 2013

Energie ohne Grenzen?

Algerien im Spannungsfeld zwischen euro-mediterraner Energiewende und nationalen Interessen

von Ravi Bactavatchalou, Kristina Nottbohm und Agnes Wiedemann

Algeriens Energiepolitik: Nationale Bedürfnisse und internationale Interessen

Mit seinen großen Erdöl- und Erdgasvorkommen zählt Algerien gemeinsam mit Russland zu den Hauptenergielieferanten der Europäischen Union. Darüber hinaus wird Algerien als das Land mit dem weltweit größten Potential für Solarenergie angesehenⁱ. Dank seiner geographischen Lage und seiner strategischen Position im Energiesektor sind alle Bedingungen erfüllt, um dem Land bei einer künftigen „grünen“ Energieversorgung eine Schlüsselrolle zuzuweisenⁱⁱ.

Nachdem Algerien jahrzehntelang vor allem auf die Produktion konventioneller Energien gesetzt hatte, entschied sich das Land inzwischen für eine Diversifizierung seines Energiemixes. Ausschlaggebend waren dabei die Endlichkeit der fossilen Ressourcen und der steigende Energieverbrauch im eigenen Land. Im Rahmen mehrerer größerer Infrastrukturprojekte startete Algerien im Jahr 2011 ein eigenständiges Programm zur Förderung erneuerbarer Energien und zur Steigerung der Energieeffizienz. Die Investitionssumme betrug 120 Milliarden Dollar. Im Zentrum stehen dabei die photovoltaische und thermische Solarenergie, und, wenn auch zu kleineren Anteilen, der Windenergiesektor. Algerien beabsichtigt, eine eigenständige Solarindustrie zu entwickeln: Ziel ist es, im Jahr 2030 etwa 40 Prozent des nationalen Verbrauchs durch erneuerbare Energien zu decken. Hierzu soll die Produktion einer Gesamtkapazität von 22 Gigawatt (GW) erreicht werden, wovon 12 GW für den nationalen Verbrauch und 10 GW für den Export vorgesehen sind. Gleichzeitig soll durch die Projekte eine Antwort auf eine der zentralen Herausforderungenⁱⁱⁱ des Landes gefunden werden: Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit durch die Schaffung von 100 000 neuen Arbeitsplätzen.

Um diese Ziele zu erreichen, benötigt Algerien ausländische Investitionen, aber auch einen Technologietransfer. Von besonderer Bedeutung ist hierbei die Kooperation mit Deutschland, einem Land, das aktuell ebenfalls mit der Herausforderung einer Energiewende konfrontiert ist. Zudem stellt sich die Frage des Energietransports nach Europa. Hierfür werden euro-mediterrane Initiativen wie Medgrid, aber auch die Zusammenarbeit mit Nachbarn wie Marokko und Tunesien unabdingbar sein. De facto ist die Schaffung eines gemeinsamen Energiemarkts im Maghreb eine Voraussetzung für die Integration in den europäischen Energiemarkt^{iv}.

Nicht zuletzt aufgrund seiner kolonialen Vergangenheit versucht Algerien jedoch, seine Unabhängigkeit im Energiesektor zu wahren, und gibt sich im Hinblick auf größere europäische Projekte, die auf das Solarenergiepotential Algeriens abzielen, eher zurückhaltend. Algerien möchte weiterhin konventionelle, zukünftig aber auch erneuerbare Energien exportieren. Gleichzeitig lehnt das Land den Bau von thermischen und photovoltaischen Solaranlagen auf algerischem Boden ab, sollte dieser durch ausländische Unternehmen mit dem Ziel des Exports erfolgen. Zur Kooperation

ist Algerien vor allem dann bereit, wenn die Zusammenarbeit die Entwicklung der eigenen Solarindustrie voranbringt.

Die Energiepolitik der EU und der Union für das Mittelmeer gegenüber der MENA-Region und Algerien

Im März 2007 verabschiedete der Europäische Rat eine detaillierte Strategie für eine sichere, wettbewerbsfähige und nachhaltige Energiepolitik. Der Aktionsplan sieht die Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen um bis zu 20 Prozent (in Bezug auf 1990) sowie die Anhebung des Anteils der erneuerbaren Energie im europäischen Verbrauch auf 20 Prozent bis zum Jahr 2020 vor. Des Weiteren betont der Aktionsplan die Relevanz der Außenbeziehungen für den Energiesektor und unterstreicht, dass die Zusammenarbeit mit Drittländern in den Bereichen Produktion, Transport und Energieverbrauch dringend verstärkt werden muss. Im Hinblick auf die Abhängigkeit der EU von Gasvorkommen aus Russland, Norwegen und Algerien sowie von Ölvorkommen aus Russland, Norwegen, Libyen, Saudi-Arabien und dem Iran stellt sich zunehmend die Frage der Energiesicherheit. Die Ukraine-Krise hat den europäischen Entscheidungsträgern die Brisanz dieser Frage schmerzhaft vor Augen geführt.

Am 7. September 2011 veröffentlichte die Kommission eine Mitteilung^v zu den Beziehungen mit Partnern außerhalb der EU im Energiebereich. Als Hauptziele führt sie darin den Ausbau der externen Dimension des EU-Binnenmarkts, die Stärkung von Partnerschaften für sichere, nachhaltige und wettbewerbsfähige Energie, die Vereinfachung des Zugangs von Entwicklungsländern zu nachhaltiger Energie und die Verbesserung der Förderung der EU-Politiken über die EU-Grenzen hinaus an. Des Weiteren wird vorgeschlagen, einen Mechanismus für den Informationsaustausch über zwischenstaatliche Abkommen zwischen den Mitgliedstaaten und Drittländern für den Energiebereich einzurichten; Abkommen mit Drittländern sollen auch auf EU-Ebene abgeschlossen werden können. Indem die Kommission beispielsweise die Realisierung von größeren Infrastrukturprojekten erleichtert, hofft sie, die zentralen Ziele der EU im Energiebereich erreichen zu können. Im Hinblick auf die Länder des südlichen Mittelmeers spricht sich die Kommission für die Unterstützung von Projekten im Bereich der erneuerbaren Energien und insbesondere im Rahmen des Mittelmeer-Solar-Plans aus.

Die Interessen der Union für das Mittelmeer und die Entwicklung des Mittelmeer-Solar-Plans

Trotz einiger vielversprechender Ansätze zur Entwicklung einer integrierten Energiepolitik im Mittelmeerraum bleiben zahlreiche Baustellen bestehen. Insbesondere gestaltet es sich schwierig, ein gemeinsames Rahmenkonzept für erneuerbare Energien zu entwickeln. So betrachten die südlichen Länder erneuerbare Energien häufig als „Lobbysektor“ der reichen Länder des Nordens. Es fehlt ein gemeinsamer juristischer und politischer Rahmen, um ein ausgeglichenes und gleichberechtigtes Austauschsystem aufzubauen. Die Schaffung der Union für das Mittelmeer (UfM) im Jahr 2008, angeregt durch den damaligen französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy, war ein Schritt in diese Richtung. Die Union versteht sich als Austauschplattform zwischen Nord und Süd, welche die Integration im Mittelmeerraum befördern soll.

Die UfM brachte alle Energieminister ihrer Mitgliedstaaten an einen Tisch. So konnte ein gemeinsamer Rahmen für die Entwicklung der erneuerbaren Energien im Mittelmeerraum abgesteckt werden: der Mittelmeer-Solarplan (MSP). Der Plan umfasst verschiedene Kapitel, die den politischen Rahmen, die Finanzplanung sowie die Bereiche Infrastruktur und Wissenstransfer umfassen.

Da Süden und Norden mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert sind und ein gemeinsames Interesse daran haben, erneuerbare Energien weiterzuentwickeln, ist der Energiesektor de facto einer der Grundpfeiler der Union für das Mittelmeer. Aus diesem Grund koordiniert die UfM den

Entwicklungsprozess des MSP, der als eine politische Energieinitiative und gleichzeitig als Aktionsplan zur Eingrenzung des Klimawandels bewertet wird.^{vi} Nun stellt sich die Frage, wie Märkte für erneuerbare Energien geschaffen und nachhaltig gesichert werden können. Auch muss die Effizienz der erneuerbaren Energien durch die Schaffung notwendiger Skalenerträge und eine verstärkte Kooperation mit dem Privatsektor garantiert werden.

Der Mittelmeer-Solarplan kann als Erfolg bezeichnet werden, da sich die Energieministerien der Region neben technischen Details auf einen gemeinsamen Rahmen einigen konnten, der als Grundlage für weitere Initiativen in diesem Sektor dienen kann. Als erste Bilanz lässt sich festhalten, dass der MSP die Kommunikation im Energiesektor zwischen den Staaten südlich und nördlich des Mittelmeers erleichtert. Gleichzeitig muss aber betont werden, dass das Mandat und die Koordinierung zur Umsetzung des MSP noch nicht zwischen den verschiedenen Akteuren und Institutionen abgestimmt wurden.

Deutsche und französische Energiepolitik in Algerien

Die französischen Importe aus Algerien stellen zu 97 Prozent fossile Energien dar und setzen sich zu 45 Prozent aus Erdöl und zu 40 Prozent aus Erdgas zusammen. Frankreich ist nach den USA, Italien und Spanien für Algerien der viertgrößte Importeur – weit vor Deutschland – und damit in stärkerem Maße als seine deutschen Nachbarn von algerischen Exporten abhängig^{vii}. Die deutsch-algerischen Beziehungen im Bereich der fossilen Energien bleiben marginal, haben sich in den letzten Jahren jedoch verstärkt^{viii}. Die Frage der Energiesicherheit, die sich in Hinblick auf die aktuelle Ukraine-Krise stellt, könnte neue Impulse für die Kooperation setzen.

Für Deutschland ist Algerien hingegen vor allem auf Grund seines Potenzials im Bereich der erneuerbaren Energien interessant^{ix}. Als europäischer Vorreiter für erneuerbare Energien könnte Deutschland ein privilegierter Partner Algeriens werden und das Land dementsprechend vom deutschen Know-How in diesem Bereich profitieren. Dies würde die Monopolstellung deutscher Unternehmen in Algerien im Bereich der erneuerbaren Energien weiter ausbauen.

Das „deutsche“ Desertec und das „französische“ Medgrid – Kooperation oder Konkurrenz?

Die Desertec Stiftung wurde 2009 auf Initiative des deutschen Zweigs des Think Tanks „Club of Rome“ gegründet. Ihr vorrangiges Ziel war es, eine Infrastruktur für die Produktion von Wind- und Solarenergien in sonnenreichen Regionen zu schaffen, die zu Teilen durch die nördlicheren Länder importiert werden sollten. Ende 2009 wurde das Forschungsbüro „Desertec Industrial Initiative“ (Dii GmbH) ins Leben gerufen. Neben der Schaffung eines adäquaten Rahmens, der die Investitionen in erneuerbare Energien in der EU-MENA-Region begünstigt, setzte sich das Büro auch das konkrete Ziel, bis zum Jahr 2020 Produktionskapazitäten von 50GW^x für die erneuerbaren Energien einzurichten. Erreicht werden sollte dies durch Investitionen von 400 Milliarden Euro in Solar- und Windanlagen in der Sahara^{xi}. Ernst Rauch, Projektleiter für Desertec bei *Munich Re*, betonte im Februar 2010 jedoch, dass einige Akteure eine Behinderung des Projektverlaufs durch politische Hindernisse befürchteten. Laut Rauch hing der Erfolg von Dii insbesondere von den Kontakten Frankreichs mit Nordafrika ab. Trotz der Einbindung einiger französischer Unternehmen wie zum Beispiel Saint-Gobain in das Projekt, wurde Ende 2010 das „von Franzosen dominierte“^{xiii} Konsortium Medgrid gegründet. Es umfasst französische Unternehmen wie EDF, GDF Suez, Areva und Alstom. Das Hauptanliegen von Medgrid, das zuvor unter dem Namen Transgreen geführt wurde, ist die Produktion von 20GW durch die Nutzung erneuerbarer Energien (insbesondere von Solarenergie) aus dem Mittelmeerraum, von denen 5GW nach Europa exportiert werden sollen; ein Ziel, das auch durch das Konsortium von Desertec verfolgt wird. Bei Medgrid kommt jedoch noch ein weiterer wichtiger Pfeiler hinzu: die Schaffung eines Stromnetzes, das den Transport erneuerbarer Energien innerhalb des Maghreb und nach Europa ermöglicht. Die Initiative wurde politisch von der französischen Regierung unterstützt und ist somit ein zentrales Element des Mittelmeer-Solarplans.

Algerien ist auf Grund seines großen Potentials für Solarenergie und der bestehenden finanziellen Mittel des Staates ein attraktiver Projektpartner für die Europäer. Doch die algerische Regierung lehnte das französische Projekt Medgrid im Jahr 2008 ab und auch das Projekt Desertec erhielt keine Genehmigung. Beobachter vermuten, dass Nationalstolz und Misstrauen der Algerier sowie bürokratischen Hürden die Akteure von Dii letztendlich dazu veranlasst haben, ihre Kooperation mit Marokko zu verstärken. Algerien, das sich selbst als Vorreiter im Energiebereich versteht, beobachtete den Bau eines Hybrid-Kraftwerks in Marokko mit Skepsis, hatte das Konsortium doch einige Monate zuvor das gleiche Projekt für Algerien angekündigt. Die in Marokko erzeugte Energie soll nicht nur für den marokkanischen Markt genutzt werden, sondern auch für Spanien zugänglich sein, ein Land, das seine Energie bisher vor allem aus Algerien bezieht.

Szenarien mit verschiedenen Kooperationspartnern

Unter Einbezug der unterschiedlichen nationalen Interessen und des institutionellen Rahmens auf euro-mediterraner Ebene sind die beiden folgenden Szenarien denkbar:

Vertiefung der deutsch-französischen Kooperation im Rahmen konkreter Projekte

Die Energiepolitik Frankreichs und Deutschlands im Hinblick auf die MENA-Region hat sich von einer Politik der Konkurrenz zu einer Politik der Kooperation entwickelt. De facto sind die Projekte für beide Länder gewinnbringend und basieren auf einer soliden bilateralen Partnerschaft. Frankreich verfügt über die notwendigen Institutionen und langjährigen Partnerschaften mit Algerien. Deutschland hat hingegen die Technologie und das Know-How im Bereich der erneuerbaren Energien und ergänzt so den deutsch-französischen Motor.

Desertec und Medgrid sind Teil der Umsetzung des Solarplans, der darauf abzielt, die Nutzung erneuerbarer Energien weiter zu entwickeln und die Energieeffizienz der Mitgliedstaaten der Union für das Mittelmeer zu stärken. Ziel ist die Maximierung der bestehenden Synergien, um den MSP und Desert Power 2050 – Projekte, die von Medgrid bzw. Dii geleitet werden – zum Erfolg zu führen. Nach der Unterzeichnung einer Absichtserklärung zwischen der Union für das Mittelmeer und dem Konsortium Medgrid im Januar 2012 wurde ein ähnliches Abkommen Ende 2012 zwischen der Union für das Mittelmeer und Desertec unterschrieben. Alles scheint also darauf hinzudeuten, dass Deutschland und Frankreich in der mediterranen Energiepolitik wieder zueinander gefunden haben. Es hängt nun viel davon ab, ob die Konsortien über die nötige Stabilität verfügen, was für Desertec nicht der Fall zu sein scheint. Nachdem mehrere beteiligte Firmen zurückgetreten sind (darunter Bosch und Siemens) erlitt Desertec im Juli 2013 durch die offizielle Beendigung der Partnerschaft mit Dii einen zweiten Rückschlag^{xiii}.

Die euro-mediterrane Energiewende: die Rolle Algeriens

Nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds konnte Algerien dank der großen Vorkommen an fossilen Energieträgern seine Auslandsschulden auf zwei Prozent des PIB senken. Algerien kann ein nicht unbeachtliches Wirtschaftswachstum verzeichnen und verfügt nach Saudi-Arabien über eine der größten Devisenreserven in der Region. Damit zählt Algerien zu den Ländern mit den geringsten Schulden im MENA-Raum.

Dennoch ist das Land weiterhin stark von Gas- und Ölexporten abhängig; sie machen fast 98 Prozent seines BIP aus. Die Europäische Union benötigt wiederum Algerien, um die Versorgung mit Gas sicherzustellen und um ein noch größeres Abhängigkeitsverhältnis zu Russland zu vermeiden. Angesichts der immer strengeren Regelungen zur Verringerung der Treibhausgase und im Hinblick auf die Tatsache, dass die EU weltweit der drittgrößte Umweltverschmutzer ist, würde eine engere Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten und Algerien im Bereich der Solarenergieproduktion dazu beitragen, die Klimaziele der EU zu erreichen. Dies gilt umso mehr, da der Import „grüner Energie“ als Teil der nationalen Produktion verzeichnet werden kann.^{xiv}

Das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Algerien ist seit 2005 im Rahmen der euro-mediterranen Partnerschaft in Kraft. Im Juli 2013 wurde eine Absichtserklärung zur Vertiefung der Beziehungen zwischen Algerien und der EU im Energiesektor unterzeichnet. Das Abkommen steckt einen Rahmen für die Zusammenarbeit ab und beinhaltet dabei alle gemeinsamen Interessen, d.h. es umfasst sowohl fossile Energien, erneuerbare Energien als auch Fragen der Energieeffizienz. Dennoch ist das Memorandum sehr allgemein gehalten und überträgt die Zusammenarbeit nicht in konkrete Projekte. Grundsätzlich könnte Algerien im Rahmen einer solchen euro-mediterranen Kooperation seinen Anteil am europäischen Gasmarkt und die Position seiner Unternehmen sichern. Doch es bleiben wesentliche Hindernisse bestehen. Vor allem das Problem der Korruption – in jüngster Zeit beispielsweise bei den algerischen Firmen Sonatrach und Sonelgaz – sorgt bei ausländischen Investoren für Misstrauen. Ebenso scheint die Sicherheitsfrage nach den terroristischen Anschlägen im Januar 2013 die Investitionssituation zu verschlechtern. Verschiedene Maßnahmen wurden getroffen, um die Öffnung des Energiemarkts und ausländische Investitionen zu begünstigen, beispielsweise die Schaffung eines Hochkommissariats für erneuerbare Energien, das Anti-Korruptionsgesetz von 2006 oder die Annahme der Änderung des Gesetzes zu fossilen Energien im Jahr 2013. Dennoch werden ausländische Investitionen und die internationale Zusammenarbeit weiterhin durch bürokratische Hürden, einen juristischen Rahmen, der algerische Unternehmen bevorzugt^{xv}, sowie steuerliche Hindernisse gebremst.

Schlussfolgerungen

Zur Förderung von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz sowie zur Umsetzung konkreter Projekte auf euro-mediterraner Ebene gelten zwei Vorbedingungen:

- Garantie eines stabilen politischen Rahmens, der die Entwicklung eines sozioökonomischen Gleichgewichts sicherstellt

Um sich zu einem attraktiven Partner zu entwickeln, wird sich Algerien mit seinen internen sozioökonomischen Spannungen auseinandersetzen müssen. Eine soziale Inklusionspolitik und die Förderung der Human Resources werden unabdingbar sein. Kurzfristige Maßnahmen sind im Hinblick auf die Einnahmen aus dem Erdölsektor noch möglich, sollten jedoch durch tiefgehende Reformen ersetzt werden, die das sozioökonomische Ungleichgewicht langfristig und nachhaltig verringern.

- Verbesserung der Investitionsbedingungen für eine Partnerschaft auf Augenhöhe

Eine stabile Partnerschaft zwischen Algerien und den Mitgliedstaaten der EU kann sich nur entwickeln, wenn die folgenden Voraussetzungen *sine qua none* erfüllt sind: Algerien muss seine Antikorruptionspolitik stärken, da die großen nationalen Unternehmen bisher den ausländischen Investoren vorgezogen wurden. Investoren können durch den Ausbau der Infrastruktur (zum Beispiel von Pipelines) und die Schaffung eines attraktiven steuerlichen Rahmens angelockt werden. Europa muss Algerien als vollwertigen Partner behandeln und auf Augenhöhe mit dem Land zusammenarbeiten. Nur so können in Zukunft Meinungsverschiedenheiten und politische Missverständnisse vermieden werden.

Und schließlich kommt der deutsch-französischen Zusammenarbeit eine wichtige Rolle bezüglich der Partnerschaft zwischen der EU und Algerien zu, damit eine Synergie zwischen den Mitteln beider Partner geschaffen werden kann. Die Union für das Mittelmeer kann von der EU als Plattform genutzt werden, um schneller auf die Erwartungen beider Seiten eingehen zu können. Nur mit einem aus wirtschaftlicher und sozialer Sicht ausgeglichenen Algerien und einem Europa, das für eine ausgewogene Partnerschaft einsteht, können beide Akteure ihre jeweiligen Trümpfe ausspielen.

Eine algerisch-europäische Kooperation im Energiesektor

von Majida Lahrouni

Die Energiefrage ist eine zentrale Herausforderung für die Europäische Union und Algerien und dies sowohl auf regionaler als auch auf globaler Ebene. Aus diesem Grund haben der Präsident der Europäischen Kommission und der algerische Premierminister nach fünf schwierigen Verhandlungsjahren im Juli 2013 eine Absichtserklärung für den Energiebereich unterzeichnet^{xvi}. Das strategische Abkommen zielt darauf ab, die Kooperation im Energiesektor zwischen den beiden Partnern zu entwickeln und im Folgenden auch die euro-mediterrane Region einzubinden. Das Abkommen deckt sowohl konventionelle als auch erneuerbare Energien ab und beschäftigt sich mit Fragen der Reglementierung und des Technologietransfers. Auch wenn der erhoffte Nutzen einer solchen Zusammenarbeit sowohl für die EU als auch für Algerien beträchtlich ist, könnte die Kooperation durch verschiedene Hindernisse erschwert werden. Die regionalen Spannungen, das im historischen Kontext entstandene Misstrauen und das Ungleichgewicht der Beziehungen zwischen den beiden Partnern scheinen die Schaffung einer euro-mediterranen Freihandelszone zu beeinträchtigen.

Vorteile für die Europäische Union

Die Europäische Union sieht sich im Energiebereich mit einer doppelten Herausforderung konfrontiert: Sie muss ihre Versorgungssicherheit stärken und gleichzeitig den Sektor der erneuerbaren Energien im Rahmen ihrer Strategie Europa 2020 voranbringen. Für ihren Eigenverbrauch ist die EU heute insbesondere von den fossilen Energien aus Russland abhängig, ihrem wichtigsten Lieferanten für Erdöl und zweitwichtigsten Lieferanten für Erdgas (Brutto).^{xvii} Auch Algerien gehört zu den wichtigen Bezugsländern der EU für Erdgas, insgesamt liegt der Anteil der europäischen Importe von algerischem Gas jedoch nur bei etwa 8,5 Prozent. Durch eine Stärkung der Beziehungen mit Algerien versucht die EU, ihre Versorgungsquellen zu diversifizieren und damit ihre Abhängigkeit von Russland zu senken.

Außerdem wollen die Europäer den Sektor der erneuerbaren Energien im Hinblick auf ihre Klima- und Umweltziele weiterentwickeln. So kooperieren die Mitgliedstaaten der EU seit 2008 mit der Arabischen Maghreb-Union (UAM), um den Mittelmeer-Solarplan (MSP) voranzubringen. Diplomatische Spannungen zwischen Algerien und Marokko haben die Arbeit der UAM jedoch ausgebremst; das Memorandum von 2013 stellt in dieser Hinsicht ein Mittel dar, den euro-mediterranen Prozess neu anzustoßen. So soll die regionale Zusammenarbeit im Energiebereich gefördert werden und Algerien wird bei den Verhandlungen über den MSP wieder ein Platz am Verhandlungstisch eingeräumt. Bilaterale Verhandlungen zwischen der EU und den einzelnen Maghreb-Staaten könnten ergänzend dazu beitragen, trotz der politischen Hindernisse in der Region eine Strategie nachhaltiger Entwicklung voranzubringen.

Vorteile für Algerien

Angesichts der Verknappung der Vorkommen an fossilen Energien muss Algerien seine Produktion diversifizieren. Seit dem Jahr 2000 hat das Land seine Ressourcen zu stark ausgeschöpft: Algerien hat so heute bereits zwei Drittel seiner verwertbaren Erdölreserven sowie mehr als die Hälfte der Erdgasreserven verbraucht. Das Land hat infolgedessen ins Auge gefasst, seine Produktion an fossilen Energien auf den nationalen Verbrauch einzuschränken und parallel dazu den Sektor der erneuerbaren Energien auszubauen. Algerien erhofft sich durch das Abkommen mit der EU insbesondere, von einem Technologietransfer zu profitieren und die bisherigen Schwierigkeiten zu überwinden, die sich bei der Etablierung auf dem europäischen Energiemarkt ergeben. Die Absichtserklärung sieht vor, den Zugang in Zukunft zu erleichtern. Das Abkommen ist jedoch

rechtlich nicht bindend. Daher zeigt sich Algerien bezüglich der Entwicklung einer ausgewogenen Partnerschaft mit der EU misstrauisch. Als ehemalige französische Kolonie hat das wirtschaftlich expandierende Land weiterhin die Befürchtung, dass seine Ressourcen durch die Europäer abgeschöpft werden könnten – eine Befürchtung, die dadurch bestärkt wird, dass Algerien im internationalen Vergleich ein relativ fragiler Akteur bleibt.^{xviii}

Was die regionale Zusammenarbeit betrifft, verhindern die Spannungen zwischen Algerien und Marokko in der Westsaharafrage die Entwicklung einer starken UAM, die sich als wirtschaftlicher und politischer Akteur auf der internationalen Bühne behaupten kann. Zur Sicherstellung des Energietransfers nach Europa wäre es für Algerien jedoch unabdingbar, mit den anderen Ländern der UAM zu kooperieren. So spielen unter anderem Marokko und Tunesien eine zentrale Rolle für die Wirtschaft Algeriens, da sie dem Land den Zugang zum europäischen Markt erleichtern können. Die beiden Länder zählen seit einigen Jahren zu den privilegierten Partnern der EU und unterhalten enge bilaterale Beziehungen zu mehreren ihrer Mitgliedstaaten. Die Bildung eines integrierten regionalen Raums im Maghreb könnte daher zu einem besseren Gleichgewicht in den euro-mediterranen Beziehungen beitragen und eine strategische Partnerschaft zwischen den beiden Seiten des Mittelmeers fördern.

Handlungsempfehlungen

Die Schaffung einer Strategischen Partnerschaft zur Förderung des Ressourcen- und Technologieaustauschs in der euro-mediterranen Region wäre somit sowohl für die Europäische Union als auch für Algerien von Vorteil. Die euro-mediterrane Zusammenarbeit im Energiebereich könnte der EU die benötigte Versorgungssicherheit bieten, ihre Abhängigkeit von Russland verringern und gleichzeitig den Anteil der erneuerbaren Energien in ihrem Verbrauch erhöhen. Algerien könnte durch diese Kooperation neue Energiequellen für seine Energieproduktion entwickeln, einen neuen Dialog mit seinen Nachbarn eingehen und sich damit einen Platz unter den internationalen Wirtschaftsakteuren und politischen Akteuren erarbeiten.

Das Memorandum von 2013 stellt in dieser Hinsicht einen ersten Schritt in Richtung einer Wiedereingliederung Algeriens in die UAM und in geringerem Maße auf der wirtschaftlichen und politischen Weltbühne dar. Auch wenn das Abkommen nur deklaratorischen Charakter hat, stellt es dennoch den Versuch der EU dar, die euro-mediterrane Partnerschaft in Bezug auf Algerien neu zu beleben. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die Zusammenarbeit im Sektor der erneuerbaren Energien gelegt, Symbol hierfür ist der MSP.

Um dem Projekt Auftrieb zu geben und einen Austausch zu fördern, der vor allem für die Zivilbevölkerung von Nutzen ist, sollten die beiden Partner in folgenden Bereichen Anstrengungen unternehmen:

- Lösung der aktuellen regionalen Konflikte, insbesondere zwischen Algerien und Marokko;
- Beendigung der Spannungen, die auf der gemeinsame Geschichte der beiden Partner beruhen und die noch heute die euro-mediterrane Zusammenarbeit behindern;
- Förderung einer ausgeglichenen Partnerschaft, die für beide Parteien die gleichen Vorteile mit sich bringt.

Ravi Bactavatchalou ist Projektleiter im Bereich Physik und Simulation bei Freudenberg New Technologies in Weinheim. Kristina Nottbohm ist Doktorandin des internationalen Promotionsprogramms „Democracy, Knowledge and Gender in a Transnational World“ der Goethe-Universität Frankfurt a.M. Agnes Wiedemann ist Auslandsmitarbeiterin der GIZ im Regionalvorhaben zur Stärkung kommunaler Strukturen im Maghreb am

Center for Mediterranean Integration (CMI) in Marseille. Majida Labrouni ist Doktorandin im Bereich Biotechnologie an der Universität Marrakesch. Die Texte geben ausschließlich die Meinung der Autoren wieder. Sie sind im Rahmen des Projekts »Deutsch-französischer Zukunftsdialog« entstanden, das von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), dem Studienkomitee für deutsch-französische Beziehungen (Cerfa) des Institut français des relations internationales (Ifri) und der Robert Bosch Stiftung gemeinsam organisiert wird.

ⁱ Mediterranean Solar Plan. Benchmarking Country Reports, http://www.pavingthewaymsp.eu/index.php?option=com_downloads&task=category&cid=7&Itemid=56

ⁱⁱ Vgl. Wuppertal Institute for Climate, Environment and Energie: Algeria – A Future Supplier of Electricity from Renewable Energies for Europe? Algeria's Perspective and Current European Approaches, 2010, S.8.

ⁱⁱⁱ Nach der Wirtschaftskrise in den 1990er Jahren ist die globale Arbeitslosenquote 1999 um 30% und 2013 um 10% gesunken. Dennoch sieht sich Algerien weiterhin einer Arbeitslosenquote von circa 25% bei den unter 24-jährigen ausgesetzt. (<http://www.imf.org/external/french/pubs/ft/weo/2013/01/pdf/textf.pdf>)

^{iv} Treffen der Energieminister Algeriens, Marokkos und Tunesiens mit Kommissar Oettinger am 20. Juni 2010, Europäische Kommission - IP/10/763 20/06/2010.

^v Europäische Kommission: Die EU-Energiepolitik: Entwicklung der Beziehungen zu Partnern außerhalb der EU, COM (2011) 539, Brüssel, 2011 (<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52011DC0539&from=DE>)

^{vi} Sekretariat der Union für das Mittelmeer : Internal Memo. The MSP. What are we doing, why, and how?, Barcelona, s.d.

^{vii} Algerien ist mit 13% der vierte Lieferant Frankreichs nach Norwegen, den Niederlanden und Russland (Bilateraler Handel Frankreich-Algerien in 2012 - DG Trésor, Februar 2013).

^{viii} Deutschland importiert ebenfalls Erdöl aus Algerien (+14% 2011 und +12% 2012), der Anteil bleibt jedoch im Vergleich zu den drei größten Lieferanten, Russland, Norwegen und den Niederlanden, die im Jahr 2011 97% des Bedarfs abdeckten, marginal. „Die deutsche Nr. 1 im Energiesektor, E.ON Ruhrgas AG, mit Hauptsitz in Essen, meldete gestern die Öffnung eines Büros in Algier in Algerien, um seinen Handel mit flüssigem Erdgas zu steigern.“ 2008 [<http://www.algerie-dz.com/article14060.html>]

^{ix} Rede des damaligen Wirtschaftsministers Philipp Rösler während seines Besuchs in Algerien Anfang Februar 2013 „Deutsche Unternehmen sind bereit, zur Umsetzung des elektrischen Versorgungsprogramms mit Algerien eine Partnerschaft einzugehen.“

^x Im Jahr 2050 würde dies 15% des europäischen Energiebedarfs darstellen.

^{xi} Die Hoffnung, die in das Projekt gesetzt wurde, war groß, wie eine Pressemitteilung von Siemens vom 13. Juli 2009 verdeutlicht: „In der Sahara steht die Sonne über 4800 Stunden im Jahr zur Stromerzeugung zur Verfügung - drei Mal länger als in Deutschland. Solaranlagen von einer Fläche von 300 zu 300 km könnte den globalen Energiebedarf abdecken“.

^{xii} „Vers und coopération renforcée du plan solaire méditerranéen“, erschienen am 24. November 2011 auf www.connaissancesdesenergies.org.

^{xiii} „Dii scheint das Gründungsprinzip von Desertec in Frage zu stellen. Laut Dii mangelt es in Europa nicht an Sonnenenergie, eine Notwendigkeit für Investitionen in Infrastruktur und Transportwege sei also nicht gegeben.“ La Tribune, „Desertec, un mirage allemand en Méditerranée“, 8. Juli 2013 (übersetzt durch die Autoren).

^{xiv} Die europäische Richtlinie zu den erneuerbaren Energien (2009/28/CE) umfasst für die Mitgliedstaaten die Option, in Drittländern produzierte Energie als Anteil ihrer eigenen erneuerbaren Energien zu verzeichnen.

^{xv} Anteile ausländischer Unternehmen dürfen die Marke von 49% nicht überschreiten.

^{xvi} Absichtserklärung zur Errichtung einer strategischen Partnerschaft im Energiebereich zwischen der Europäischen Union und der Demokratischen Volksrepublik Algerien, 7. Juli 2013.

^{xvii} Etwa 14% der Erdgas- und 15% der Erdölimporte der Europäischen Union im Jahr 2013. Quelle: Sami Louati, Didier Cadin, Bernard Korman. „Les importations et les exportations; la facture énergétique”, Panorama énergies-climat – Edition 2013.

^{xviii} Algerien ist weiterhin kein Mitglied der Welthandelsorganisation (WTO). Marokko und Tunesien sind seit 1995 Mitglied. Die Verhandlungen wurden im April 2013 wiederaufgenommen.